



MOBILE BERATUNG IN THÜRINGEN  
FÜR DEMOKRATIE – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

## Mobile Beratung in Thüringen

## Impressum

### Herausgeberin:

Mobile Beratung in Thüringen  
für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT)  
Brühl 23  
99867 Gotha  
Fon: 03621– 22 86 96  
Fax: 03621– 22 86 98  
E-Mail: mail@mobit.org  
www.mobit.org

### Redaktion:

MOBIT-Team Gotha

### Gestaltung:

S. Steinhof – rrita.de

### Druck:

agit-Druck GmbH  
Adalbertstr. 7-8  
10999 Berlin

Gotha 2004

Die Mobile Beratung in Thüringen wird gefördert durch  
das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend im Rahmen des Bundesprogrammes CIVITAS.



# Inhalt

## Mobile Beratung in Thüringen

<b>Grußwort Frank Spieth</b>	<b>2</b>
<b>Mobile Beratung in Thüringen</b> Für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus	<b>3</b>
<b>Rechtsextremismus, Autoritarismus und Demokratiefeindlichkeit</b> Zur Situation in Thüringen	<b>5</b>
<b>„Es gilt breite Bündnisse zu erreichen.“</b> Interview mit Dr. Michael Edinger, Politikwissenschaftler an der Friedrich-Schiller-Universität Jena	<b>8</b>
<b>Rechtsextremismus und bürgerschaftliches Engagement</b> Probleme einer Stadt in Thüringen und wie man gemeinsam dagegen vorgehen kann	<b>11</b>
<b>Partizipationsmethoden</b> Wege zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements	<b>13</b>
<b>Südthüringen: B. – eine Stadt in Beratung</b> Bürgerschaftliches Engagement in der Praxis	<b>17</b>
<b>„Falsch Verbunden“</b> Zeitungsprojekt gegen Burschentag in Eisenach	<b>19</b>
<b>Demokratische Schulentwicklung</b> Umfangreiches Beratungsangebot von MOBIT	<b>20</b>
<b>Profil unserer Mobilen Beratung</b> Arbeitsweisen zur Unterstützung demokratischer Kultur	<b>22</b>

---

## Vorwort

**Frank Spieth,  
Vereinsvorsitzender MOBIT e.V.**

Als sich vor vier Jahren eine Reihe engagierter Menschen zusammenfanden, um auch in Thüringen die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine Stärkung der demokratischen Kultur im Land zu professionalisieren, da war das Thema Rechtsextremismus in aller Munde. Für uns war es jedoch wichtig, nicht kurzfristig und aktionistisch dieses Thema zu besetzen, sondern mit einer langfristigen Perspektive die demokratische Bürgergesellschaft in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu stärken. Deshalb gründeten wir den Verein MOBIT e.V. und bewarben uns bei dem vom Bund initiierten Programm CIVITAS. Dass unser Verein den Zuschlag erhielt, ist sicherlich seiner breiten Verankerung in Thüringen zu verdanken: Mit dem DGB, zahlreichen Einzelgewerkschaften, der Evangelischen Landeskirche, der Jüdischen Landesgemeinde und der Europäischen Jugendbildungsstätte Weimar repräsentiert MOBIT ein breites Spektrum von bürgerschaftlichem Engagement, dem die kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Problem des Rechtsextremismus ein besonders wichtiges Anliegen ist.

Seit drei Jahren besteht die Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT), zunächst mit zwei Büros, heute zentral in Gotha angesiedelt, zuständig aber für das ganze Bundesland. In diesen drei Jahren konnten zahlreiche Impulse gesetzt, unzählige Initiativen und Kommunen unterstützt und ein breites Netzwerk von demokratisch engagierten Gruppen und Personen aufgebaut werden, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Die Arbeit von MOBIT trägt an prominenter Stelle dazu bei, die Menschen zu unterstützen, die sich für die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft in ihrem Alltag einsetzen.

Heute ist das Thema Rechtsextremismus nicht mehr im Focus der Medien, gleichwohl ist das

Problem nach wie vor in Thüringen virulent. Untersuchungen wie der *Thüringen-Monitor* aber auch die aktuelle Entwicklung des Rechtsextremismus zeigen, dass demokratiefeindliche Einstellungen immer weiter um sich greifen. Das MOBIT-Team und mit ihm sein Trägerverein stehen dafür, dass Rechtsextremismus und Demokratiefeindschaft weiterhin als zentrale Themen für die gesellschaftliche Entwicklung in Thüringen beachtet werden. Mit dem von uns geschaffenen Angebot wollen wir auch in Zukunft dazu beitragen, dass alle die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren, eine nachhaltige und professionelle Unterstützung bekommen können.



*Frank Spieth*

Frank Spieth

## Für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus

Der Ansatz der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus geht zurück auf die Erfahrungen der massiven rechtsextremen Gewalt in den neunziger Jahren und dem damaligen Umgang mit dieser Entwicklung. Um dem Problem der zunehmenden Attraktivität des Rechtsextremismus gerade auch für Jugendliche zu begegnen, wurden Programme vom Staat unterstützt, die dem entgegen arbeiten sollten. Unter dem Stichwort der „akzeptierenden Jugendarbeit“ wurde ein Ansatz verfolgt, der sich vor allem um die realen und potenziellen Täter der rechten Gewalt kümmerte. Die Erfolge dieser Arbeit waren aus verschiedenen Gründen kritisch zu bewerten. Ein Problem wurde im entpolitizierenden Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit gesehen und darin, dass hier den Tätern eine besondere Zuwendung widerfuhr. Rechtsextremes Auftreten, so konnte es scheinen, garantiert Aufmerksamkeit und Zuwendung.

Mit dem erneuten Anwachsen des Rechtsextremismus im Jahr 2000 wurde die Idee eines neuen Konzepts im Umgang mit Rechtsextremismus geboren. Nicht länger sollten die Täter im Mittelpunkt der Arbeit stehen, sondern vielmehr diejenigen in ihrer Arbeit gestärkt werden, die sich gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz engagieren. Das Programm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“ als Teil des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ unterstützt seit 2001 die Schaffung einer demokratischen, gemeinwesenorientierten Kultur. CIVITAS fördert und stärkt ziviles Engagement und demokratische Prozesse durch die Förderung von Mobilen Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten sowie von Projekten zur Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im

Gemeinwesen. Dabei stehen die Anerkennung, der Schutz und der Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten sowie die Perspektive der Opfer rechtsextremer Gewalt im Zentrum des Programms. Die Mobilen Beratungsteams erhielten dabei die Aufgabe, Gruppen, Initiativen, staatliche Einrichtungen sowie alle diejenigen zu unterstützen, die gegen Rechtsextremismus aktiv werden wollen.

Seit Herbst 2001 unterstützt die Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT) erfolgreich verschiedene kommunale Akteure mit dem Ziel, eine demokratische, emanzipatorische Kultur zu stärken. Noch immer gibt es auch bei staatlichen Stellen, in Verwaltungen, Schulen, Betrieben oder in der Jugendarbeit viele offene Fragen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wir beraten überall dort, wo Menschen sich für demokratische Grundwerte engagieren und gegen Rechtsextremismus aktiv handeln wollen. Die Form der Beratung und die daraus erwachsenden Aktivitäten hängen stark vom jeweiligen Kontext ab. Unser Beratungsansatz orientiert sich an den Akteuren und Gegebenheiten vor Ort. Ziel ist die langfristige Veränderung des Klimas in Städten und Gemeinden im Sinne eines offenen und demokratischen Miteinanders. Dies erfordert eine ständige Zusammenarbeit und Kommunikation aller Beteiligten aus Zivilgesellschaft, Schulen, Verwaltung, Polizei, Sozialarbeit, Politik und anderen Bereichen.

MOBIT versteht sich als Dienstleister für die demokratische Zivilgesellschaft. Wir sind externe und unabhängige Partner, die Konflikte analysieren oder Bündnisse und Netzwerke knüpfen und moderieren. MOBIT wird vornehmlich auf Nachfrage aktiv. Neben der Vermittlung von Wissen steht vor allem die Stärkung der Hand-

lungskompetenz der Akteure im Vordergrund. Wir geben Unterstützung, sich offen mit Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rassismus im jeweiligen Umfeld auseinander zu setzen. Mögliche Handlungsstrategien können nur in enger Zusammenarbeit mit den Aktiven vor Ort entwickelt werden, wobei es für uns darauf ankommt, die je spezifische Situation und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten zu analysieren.

Ein idealtypische Beratungsfall sieht so aus, dass sich ein Kommune, eine bestehende Initiative oder eine Gruppe engagierter Menschen an MOBIT wendet, weil sie mit rechtsextremistischen Aktivitäten konfrontiert sind. Dies kann vom organisierten Nazi-Aufmarsch bis hin zu uneindeutigen Jugendgruppen reichen, die das Straßenbild dominieren und andere Jugendliche oder Ausländer bedrohen. Zusammen mit den Menschen vor Ort machen wir uns als erstes ein Bild der Situation, suchen nach möglichen Partnern und weiteren lokalen Gruppen, die sich engagieren könnten, und stellen die Kontakte her. Dann gilt es gemeinsam zu überlegen, wie aktuelle aber auch längerfristige Gegenstrategien aussehen könnten. Die Arbeit von MOBIT ist unterstützend und moderierend. Wir geben keine Aktionsformen vor, können aber durch unsere Arbeitserfahrung auf zahlreiche Beispiele aus anderen Kommunen zurückgreifen. MOBIT begleitet und unterstützt die Arbeit der Akteure in der Kommune, so lange es nötig und so lange es gewünscht ist. Ziel ist immer, eine sich selbst tragende Struktur zu entwickeln, auf die gegebenenfalls erneut zurückgegriffen werden kann.

Natürlich kann der idealtypische Beratungsfall auch an einer Schule oder in einem Jugendclub stattfinden: Hier gibt es Wissensbedarf zu rechtsextremer Musik oder Symbolen des Rechtsextremismus oder Probleme mit Schülerinnen und Schülern bzw. Jugendlichen, die rechtsextreme Einstellungen vertreten. MOBIT kann hier mit Vorträgen und Workshops aufklären, und sie mit den Teilnehmern ausprobieren, wobei wir auf Erfahrungen aus anderen Schulen und Jugendeinrichtungen zurückgreifen.

#### Die Liste unserer Angebote verdeutlicht die breite Palette der Arbeit von MOBIT:

- Beratung für Initiativen, Projekte, kommunale Verwaltungen, Schulen, Polizei, Jugend- und Sozialarbeit, engagierte Einzelpersonen
- Vernetzung von Initiativen und Akteuren
- Unterstützung und Moderation kommunaler Aktionsbündnisse, regionaler Netzwerke und Runder Tische
- Vermittlung von Handlungskompetenzen für Multiplikatoren in Schule, Ausbildung, Jugendarbeit, Jugend- und Erwachsenenbildung, Verwaltung
- Fortbildung zur Wahrnehmung und Deutung rechtsextremer Erscheinungsformen, Symbole und Musik
- Vermittlung erprobter Praxisprojekte und Methoden
- Beratung bei der Entwicklung von Konzepten
- Dokumentation und Analyse rechtsextremer Dominanzbestrebungen und gesellschaftlicher Gegenstrategien
- Bereitstellung von Fachliteratur und pädagogischen Materialien in unserer Projektbibliothek
- Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit
- Tipps und Unterstützung bei Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, der Durchführung von Veranstaltungen, der Gründung von Vereinen

Weitere Informationen:

[www.mobit.org](http://www.mobit.org)

[www.jugendstiftung-civitas.org](http://www.jugendstiftung-civitas.org)

# Rechtsextremismus, Autoritarismus und Demokratiefeindschaft in Thüringen

Wie die Entwicklung des Rechtsextremismus in Thüringen in den letzten Jahren dargestellt wird, hängt offensichtlich mit dem Verständnis dessen zusammen, was zum Rechtsextremismus und seinem Umfeld gerechnet wird. Mit einem eng und fest umgrenzten Bild des Rechtsextremismus lassen sich rückläufige Tendenzen des rechtsextremen Spektrums ausmachen – wie etwa im thüringischen Verfassungsschutz-Bericht 2003. Bezieht man in seinem Verständnis des Rechtsextremismus dessen gesellschaftliche Basis mit ein, wie sie in Einstellungsmustern der Bevölkerung vorfindbar ist, muss man allerdings eine wesentlich beunruhigendere Zwischenbilanz ziehen.

Da es jedoch nicht darum gehen kann, mit Zahlen und Einschätzungen zu beruhigen oder alarmistisch Aufmerksamkeit zu erregen, ist es wichtig, das eigene Verständnis des Rechtsextremismus und die daraus ableitbaren Gefahren und Entwicklungen zu benennen. Für die Arbeit der Mobilen Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT) lässt sich Rechtsextremismus nicht auf Gewalttaten, Organisationen und Wahlergebnisse reduzieren. Unseren Begriff des Rechtsextremismus umfasst eine breite Palette an Einstellungsmustern, die auf einer generellen Vorstellung der Ungleichwertigkeit von Menschen basieren, Ein- und Ausschließung von Menschen nach rassistischen, antisemitischen Kriterien vornehmen, die völkisch definierte Nation zum zentralen Bezugspunkt machen und nach einem strikten Freund-Feind-Muster politische Gegner angreifen. Demokratie als zentrale Regelungsform gesellschaftlicher Konflikte wird vom Rechtsextremen abgelehnt. Mit einem solchen Verständnis des Rechtsextremismus kommt natürlich sehr viel mehr in den Blick. Auch der Ansatz Mobiler Beratung bezieht sich auf ein breiteres Feld. Rechtsextremismus, so unsere Einschät-



zung, bewegt sich in einem Umfeld, in dem diese Einstellungen gedeihen. Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Demokratiefeindschaft sind leider nicht nur ein Problem des rechten Randes, sondern sie bilden einen breiten gesellschaftlichen Nährboden, auf dem der Rechtsextremismus wächst.

### **Rassismus und Demokratiefeindschaft in der Mitte der Gesellschaft**

Diese Sichtweise stützt sich auf zahlreiche wissenschaftlich Untersuchungen, die immer wieder das Zusammenspiel von Rechtsextremismus und gesellschaftlich verankerten Vorstellungen von Ausgrenzung, Ungleichheit und Rassismus sowie Demokratiefeindschaft aufzeigen. Erhärtet wird diese Sichtweise auch durch die Ergebnisse des jährlich erstellten *Thüringen-Monitors*: In dieser von der Universität Jena im Auftrag der Landesregierung erstellten Untersuchung finden sich die empirisch erfassten Einstellungsmuster der Thüringer Bevölkerung zu Fragen der Demokratie.

Die Ergebnisse der Erhebung 2003 sind – gerade bezogen auf die Ideologie des Rechtsextremismus – erschreckend. So sehen 55,7 Prozent der Bevölkerung die Bundesrepublik durch Ausländer „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ und 54,8 Prozent sehen in Ausländern vor allem Menschen, die „unseren Sozialstaat ausnutzen“ wollen. Verschiedene nationalistische Statements finden Zustimmungswerten zwischen 37 und 66 Prozent und gut 20 Prozent der Befragten sehen selbst „gute Seiten am Nationalsozialismus“. Schließlich denken 19,7 Prozent, dass eine Diktatur unter Umständen die bessere Staatsform sein könnte.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass die mit Rechtsextremismus identifizierten Einstellungen weit in die Bevölkerung hineinreichen, womit die von Neonazis oft aufgestellte Behauptung, sie handelten im Sinne der schweigenden Mehrheit, nicht so einfach von der Hand zu weisen ist. Für die Arbeit von MOBIT bedeutet das, sehr viel stärker präventiv tätig zu werden. Für MOBIT gilt es deshalb vor allem, Rassismus und Ausgrenzung im Alltag zu thematisieren und für die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens von Konflikten zu werben.

### **Entwicklung des Rechtsextremismus in Thüringen**

Neben diesem wichtigen Feld des zivilgesellschaftlichen Engagements gilt unser Augenmerk auch den Veränderungen im Rechtsextremismus, wie sie sich aktuell in Thüringen zeigen.

Wie in vielen anderen Bundesländern konnte der organisierte Rechtsextremismus auch in Thüringen wahlpolitische Erfolge erzielen. Bei den Landtagswahlen 2004 kamen die „Republikaner“ auf 2,0 Prozent und die NPD auf 1,5 Prozent der Stimmen, für beide ein Plus von 1,2 bzw. 1,3 Prozent. Bei den Europawahlen brachten es „Republikaner“ und NPD in Thüringen auf 2,2 bzw. 1,7 Prozent.

Nach wie vor liegt die Gefahr des Rechtsextremismus jedoch nicht in seinen „Wahlerfolgen“ sondern in seiner alltäglichen Präsenz vor Ort. Hier haben Parteien wie die NPD insofern eine Bedeutung, weil sie es sind, die zahlreiche Aufmärsche, Demonstrationen und Feste organisatorisch unterstützen oder selbst veranstalten. Hier lässt sich eine enge Zusammenarbeit von NPD und „Freien Kameradschaften“ beobachten. Die Distanz, die die NPD in der Zeit des Verbotverfahrens gegenüber diesem Spektrum des Neonazismus wahren wollte, wurde aufgegeben. Das Ziel dieser Aktivitäten ist es, die eigene Stärke in der Öffentlichkeit zu zeigen, damit Anziehungskraft für andere zu erlangen und sich selbst den Schein einer aktiven und wachsenden Bewegung zu geben. Demonstrationen wie sie 2004 in Gotha, Suhl, Meiningen oder Weimar stattfanden, sind solche Zeichen. Die vollmundige Behauptung, „national befreite Zonen“ zu schaffen, ist zwar oft mehr Wunsch als Realität, beinhaltet aber immer auch einen wahren Kern. Wenn es den Nazis gelingt, die Straße zu dominieren und die öffentliche Wahrnehmung zu beherrschen, dann ist zumindest ein Stück dieser Behauptung in Erfüllung gegangen. Deshalb ist es wichtig, dass den zahlreichen Naziveranstaltungen vor Ort etwas entgegengesetzt wird. MOBIT ist darum bemüht, mit den Akteuren vor Ort zu überlegen, wie Gegenaktionen aussehen könnten.

Das Schaffen öffentlicher Gegenbilder ist um so wichtiger, weil die Nazis mittlerweile immer

stärker versuchen, an die konkreten Alltagsprobleme der Menschen anzuknüpfen. Agenda 2010, Sozialkürzungen, Probleme im Ort oder dem Stadtteil sind Punkte, die von rechts aufgegriffen werden. Oft ist es dabei gar nicht so einfach zu erkennen, aus welcher politischen Richtung das Thema vorgetragen wird. Die rechtsextremen Kader sind mittlerweile sehr darum bemüht, einen vorsichtigen Ton anzuschlagen, um sich als seriöse Alternative und als Interessenvertreter der normalen Bürger und Bürgerinnen darzustellen. Ein skurriles Beispiel ist der Versuch, die Abwasserinitiative in Friedrichroda von rechts zu unterwandern. Bei den Vertretern des ominösen „Deutschen Reiches“ handelt es sich jedoch um Mitglieder einer eher unbedeuteten Gruppe, der es gleichwohl gelang, die Vorsitzende der Bürgerinitiative von ihren Ideen zu überzeugen. Weit aus ernst zu nehmender und gefährlicher sind die Aktionen der Jenaer NPD und ihres Vorsitzenden Ralf Wohlleben gegen dortige Flüchtlingsheime. Hier wird an eben jene Einstellungsmuster appelliert, die im *Thüringen-Monitor* beschrieben werden.

#### Kein Anlass zur Entwarnung

Flüchtlinge, Menschen nicht-deutscher Herkunft, aber auch Obdachlose und politische Gegner von links sind bis heute die Opfer rechtsextremer Gewalt. Mit den 2004 vermehrt gemeldeten Überfällen auf russland-deutsche Jugendliche stellt sich die Frage, ob hier ein neues Feindbild des Rechtsextremismus entsteht. In Gera kam es Anfang 2004 zu einem brutalen Mord, in anderen Orten zu gewalttätigen Übergriffen. Die antisemitischen Schändungen der jüdischen Friedhöfe in Gotha, Sondershausen und Walldorf stehen dagegen ganz in der Tradition des nazistischen Antisemitismus. Da sich eine Zunahme antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung ausmachen lässt, können auch hier Nazis an vorhandene Stimmungen anknüpfen.

Keine Woche vergeht, in der es nicht zu Angriffen von Nazis kommt; vielfach wird jedoch die politische Dimension dieser Angriffe geleugnet und das ganze als „normale“ Jugendgewalt verharmlost. Viele Kommunen sind nicht bereit, Rechtsextremismus als Problem anzusehen, könnte dies doch das Image der Stadt oder der Gemeinde negativ beeinflussen. Für Rechtsex-

tremisten erscheint solches Nichtverhalten als eine besondere Einladung, die eigenen Aktivitäten zu forcieren. So entwickeln sich gerade in jüngster Zeit etwa in Südthüringen neue Strukturen. Mit Häuserkäufen in Schleusingen und Pösneck wollen sich die Rechtsextremisten in diesen Regionen festsetzen. Die so etablierte Infrastruktur dient der Schulung des Nachwuchses, kann aber auch für eigene Veranstaltungen, z.B. Konzerte genutzt werden. Bis heute ist Musik eines der Haupteinfallstore der rechtsextremen Propaganda, mit der es gelingt, Jugendliche an die rechte Szene heranzuführen. Die von Rechtsextremisten auch für Thüringen geplante Aktion, CDs mit entsprechender Musik an Schulen zu verteilen – der bekannte Neonazi und Betreiber eines Nazi-Musik-Versands Thorsten Heise aus Fretterode spielt hier eine wichtige Rolle – ist Ausdruck dieser Strategie.

Nach Einschätzung von MOBIT kann also keineswegs Entwarnung gegeben werden, wenn vom Rechtsextremismus in Thüringen gesprochen wird. Die Aktivitäten und Themen des Rechtsextremismus zeigen im Zusammenhang mit den Ergebnissen des *Thüringen-Monitors* ein starkes antidemokratisches und ressentimentbeladenes Potenzial. Angesichts der realen sozialen Probleme im Land und der weiter voranschreitenden Abwendung großer Bevölkerungsteile von der etablierten Politik besteht die Gefahr, dass der Rechtsextremismus hier in ein politisches Vakuum stößt und von der vorhandenen Unzufriedenheit profitiert. Dem entgegenzuarbeiten ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte.

#### Literatur zum Thema:

Dicke, Klaus/Michael Edinger/Andreas Hallermann/Karl Schmitt: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003  
Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt a.M. 2003  
Röpke, Andrea/Andreas Speit (Hg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004

## „Es gilt breite Bündnisse zu erreichen.“

### Interview mit Dr. Michael Edinger, Politikwissenschaftler an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

**D**er Verfassungsschutzbericht 2003 zeigt rückläufige Zahlen des Rechtsextremismus in Thüringen. Auch von politischer Seite wird der Rechtsextremismus als rückläufig eingeschätzt. Gleichzeitig dokumentiert der von Ihnen mitverfasste Thüringen-Monitor eine steigende Verbreitung von Einstellungsmustern, die klassischerweise dem Rechtsextremismus zugeordnet werden. Wie lassen sich diese gegensätzlichen Beobachtungen erklären?

Zunächst wird man festhalten müssen, dass die positiven Zahlen im aktuellen Verfassungsschutzbericht eine neuere Entwicklung dokumentieren, denn seit Beginn der statistischen Dokumentation sind über Jahre hinweg sowohl die (nicht parteilich organisierten) rechtsextremistischen Gruppierungen als auch die entsprechenden Straftaten gestiegen. Der entscheidende Punkt aber ist, dass hier unterschiedliche Dimensionen des Rechtsextremismus betrachtet werden. Die Verfassungsschutzberichte dokumentieren Aktivitäten, die gegen die demokratische Grundordnung gerichtet sind und denen – im Bereich des Rechtsextremismus – rechtsextremistische (einschließlich fremdenfeindliche bzw. antisemitische) Motive zu Grunde liegen. Es geht also gemäß dem Auftrag der Verfassungsschutzämter um politische Handlungen, insbesondere um solche mit strafrechtlicher Relevanz. Ganz anders beim *Thüringen-Monitor*: Im Rahmen einer Repräsentativbefragung Thüringer Bürger werden hier (neben anderen Orientierungen) rechtsextreme *Einstellungen* erfasst. Einstellungen müssen aber keine verhaltenssteuernde Wirkung entfalten – und rechtsextreme Einstellungen machen diesbezüglich keine Ausnahme.

Aus diesem Grund besteht zwischen einem Rückgang rechtsextremistischer Straftaten und einer steigenden Verbreitung rechtsextremer Einstellungen zunächst kein Widerspruch. Freilich sollte man die Bedeutung rechtsextremer Ori-

entierungen nicht unterschätzen. Ihre Verbreitung entscheidet mit über die gesellschaftliche Akzeptanz des Rechtsextremismus, prägt das gesellschaftliche Klima und ist ein Bestimmungsfaktor für die Stärke zivilgesellschaftlicher Strukturen gegenüber Herausforderungen von Rechtsaußen. Eine rechtsextremistische Gewalttat beruht in aller Regel auch auf entsprechenden Einstellungen. Überspitzt formuliert: Rechtsextreme Einstellungen sind keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung für zum Beispiel fremdenfeindliche Gewalt.

*Der aktuelle Rechtsextremismus versucht, an den real vorhandenen (sozialen) Problemen der Menschen anzuknüpfen. Die mit der Agenda 2010 verbundenen Kürzungen sind genau so Thema wie die Entwicklung in den Kommunen, etwa die geplante Eröffnung eines Flüchtlingsheims in Jena oder die Abwasserproblematik in Friedrichroda. Wie Erfolg versprechend ist eine solche Strategie angesichts des verbreiteten Misstrauens gegen die etablierte Politik?*

Es liegt im Eigeninteresse jedweder politischen Strömung, soziale Problemlagen zu benennen und ihre Beseitigung einzufordern. Für Gruppierungen, die keine realistischen Aussichten auf die Gestaltung politischer Entscheidungen haben, erscheint eine populistische „Thematisierung“ dabei besonders attraktiv. Beim politischen Rechtsextremismus ist die Instrumentalisierung sozialer Probleme geradezu eine Existenznotwendigkeit. Mit ihren ideologischen Kernanliegen befinden sich rechtsextreme Organisationen und Parteien in einer Minderheitenposition. Dies gilt selbst dann, wenn einzelne Rechtsaußen-Positionen auf relativ breite Unterstützung stoßen sollten. Aussicht auf Erfolg hat der politische Rechtsextremismus nur, wenn er jenseits seiner spezifischen, gegen die Werte des demokratischen Verfassungsstaates gerichteten Anliegen populäre Themen aufgreift und zu verein-

nahmen versucht. Ob und in welchem Umfang dies gelingt, hängt von den konkreten Konstellationen ab. Zu den günstigen Bedingungen dürften die Verknüpfbarkeit von rechtsextremen Kernanliegen mit populären sozialen Forderungen, die Monopolisierung des Protests sowie ganz allgemein eine gute Organisationsfähigkeit, charismatisches Führungspersonal und eine ausgeprägte politische Unzufriedenheit in der Bevölkerung gehören. Gleichwohl gilt für eine ausgeprägte Unzufriedenheit ebenso wie für eine hohe Arbeitslosigkeit: Sie alleine schafft noch keinen idealen Nährboden für rechtsextremistische Politik.

*In einem Interview sprachen Sie kürzlich von der größeren Konsensorientierung der Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland. Liegt hier eine Gefahr für die streitbare Demokratie und kann das auch zu einem Einfallstor für den Rechtsextremismus werden, der ja an die „Volksgemeinschaft“ und das gemeinsame nationale Interesse appelliert?*

Eine gewisse Konsensorientierung im Sinne von Kompromissbereitschaft ist für eine jede Demokratie konstitutiv. Problematisch wird das Konsensstreben nur dann, wenn es in Konflikt mit der Logik demokratischer Willensbildung gerät oder gar zur Diskreditierung demokratischer Streitkultur führt. Diese Gefahr scheint mir gegeben, wenn von der Opposition vor allem die Unterstützung der Regierung und nicht so sehr die Kritik an ihr, die Formulierung politischer Alternativen erwartet wird. In Thüringen ist diese Auffassung im vergangenen Jahr immerhin von drei Viertel der Befragten vertreten worden.

Gleichwohl ist diese Art der Konsensorientierung wohl eher Ausdruck von Harmoniebedürfnis und Pluralismus-Skepsis als Zeichen einer Affinität gegenüber der von Rechtsaußen propagierten „Volksgemeinschaft“. Zum Einfallstor für den Extremismus gerät sie nur dann, wenn sie im Sinne einer solchen Gemeinschaftsideologie umgedeutet würde. Eine akute Gefahr dafür besteht nach meiner Einschätzung derzeit nicht.

*Laut Thüringen-Monitor sehen mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Thüringens die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“, gleichzeitig glaubt mehr als die Hälfte, die Ausländer*

*kämen nur hierher, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“. Wie erklären sich diese Einstellungen angesichts eines Ausländeranteils von 1,5 Prozent in Thüringen und wie lässt sich dagegen arbeiten?*

Vorurteile sind Vor-Urteile und als solche mitunter recht realitätsresistent. Das Phänomen ist aus der Antisemitismusforschung seit Langem als Juden Hass ohne Juden bekannt. Analog lässt sich für Thüringen wie für Ostdeutschland insgesamt eine erstaunliche Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellungen feststellen, obwohl hier kaum Ausländer leben. Freilich wird der Ausländeranteil auch drastisch überschätzt. 2001 glaubte jeder Zweite, dass es mehr als zehn Prozent Ausländer im Freistaat gibt, die Hälfte davon nannte sogar Anteile über 20 Prozent. Diese grotesk verzerrte Wahrnehmung ist folgenreich: Je mehr der Ausländeranteil überschätzt wird, desto ausgeprägter sind die rechtsextremen Orientierungen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und sinkender Sozialbudgets werden Ausländer verstärkt als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, aber auch um Sozialleistungen wahrgenommen. Dies mag den Anstieg der sozioökonomisch motivierten Ausländerfeindlichkeit erklären. Allgemeiner scheinen Ausländer als vermeintlich leicht identifizierbare Minderheit einen besonders geeigneten Sündenbock abzugeben. Dieses Phänomen dürfte auch mit der teils einseitigen Art und Weise zusammenhängen, mit der in den Medien über Ausländer berichtet wird.

*Die Thematisierung des Rechtsextremismus gilt in vielen betroffenen Kommunen geradezu als „Nestbeschmutzung“. Sehen Sie Wege und Möglichkeiten, kommunale Politik für dieses Problem zu sensibilisieren?*

Nach meinen eher kursorischen Beobachtungen gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen. In Jena ist vor wenigen Jahren ein Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz aufgelegt worden, in Weimar und in anderen Städten hat es verschiedentlich größere Veranstaltungen zu diesem Problemfeld gegeben, in zahlreichen Kleinstädten und Gemeinden existieren lokale Bündnisse. Grundsätzlich liegt es ja im ureigenen Interesse von Kommunen, entschieden gegen extremistische Aktivitäten vor-

zugehen und Stellung zu beziehen. Das gilt in erster Linie im Interesse eines funktionierenden und sozial intakten Gemeinwesens, darüber hinaus aber auch mit Blick auf die Außendarstellung. Ein Negativimage mag durch rechtsextreme Umtriebe entstehen, sicherlich aber nicht durch die öffentliche Thematisierung derselben und ein entschlossenes diesbezügliches Handeln. Bei den Aktivitäten vor Ort wird es darauf ankommen, breite Bündnisse unter Einbeziehung möglichst vieler Gruppen und Bürger zu erreichen. Dies bedeutet dann auch, dass es zu keiner parteipolitischen Instrumentalisierung kommt und politische Ziele hinter dem gemeinsamen Anliegen zurückgestellt werden.

*Das Mobile Beratungsteam in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT) hat nicht nur die Aufgabe, Unterstützung gegen Rechtsextremismus zu leisten, sondern soll auch zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft im Land beitragen. Wo sehen Sie Ansatzpunkte für eine solche Arbeit?*

Das lässt sich so allgemein kaum sagen, sondern wird entscheidend von den örtlichen Gegebenheiten abhängig sein. Als Voraussetzung für eine demokratische Zivilgesellschaft gilt doch wohl, dass Demokratie nicht als eine Angelegenheit anderer betrachtet, sondern als eine Möglichkeit der Teilhabe verstanden und – zumindest in einem gewissen Umfang – auch genutzt wird. Wenn Demokratie nicht nur Staatsform ist, sondern auch zur „Lebensform“ wird, also eine kritische Zahl von Bürgern auch Verantwortung für das Gemeinwesen übernimmt, dürfte das die beste Prävention gegen den Rechtsextremismus, überhaupt gegen jede extremistische Herausforderung sein.

*Bei den Landtags- und Europawahlen der jüngsten Zeit waren die rechtsextremen Parteien relativ erfolgreich. In Sachsen konnte die NPD spektakuläre Erfolge feiern. Wie beurteilen Sie die Gefahr eines parlamentarischen Erstarkens des Rechtsextremismus – in Thüringen aber auch im Bund?*

Zugewinne für „Republikaner“ und NPD hat es zwar bei allen Wahlen im Juni und September 2004 gegeben, doch Aufmerksamkeit verdienen vor allem die Entwicklungen in Sachsen. Hier konnten sämtliche rechtsextremen Parteien zu-

sammen ihren Stimmenanteil bei der Europawahl auf gut sieben Prozent erhöhen, und die NPD hat in einzelnen Gemeinden, schwerpunktmäßig in der Sächsischen Schweiz, bis zu einem Viertel oder mehr der Wähler gewonnen. Die Thüringer Landtagswahl 2004 kann aus Sicht von Rechtsaußen nicht als Erfolg gelten, da die rechtsextremen Parteien insgesamt stagnierten und erneut unter fünf Prozent blieben. Die Frage eines parlamentarischen Erstarkens des Rechtsextremismus stellt sich für Thüringen also erst wieder mit der kommenden Landtagswahl.

Vieles spricht dabei gegen den Erfolg des „Kampfes um die Parlamente“: die Zersplitterung der rechtsextremen Parteien, die lange Liste von schlechten Wahlergebnissen im Freistaat und das unattraktive Personalangebot. Gleichwohl ist eine Prognose wegen der geringen Stabilität des Wahlverhaltens in den neuen Ländern kaum möglich. Während die rechtsextremen Parteien bis Mitte/Ende der neunziger Jahre bei Wahlen in Ostdeutschland schlechter abschnitten als in den alten Ländern, konnte die DVU seitdem punktuelle Erfolge verbuchen (auf Landesebene: Sachsen-Anhalt 1998, Brandenburg 1999). Die Situation auf der Bundesebene stellt sich anders dar: Die Bereitschaft zur Protestwahl für eine extremistische Partei ist bei Bundestagswahlen weniger ausgeprägt als bei Landtagswahlen, eine parlamentarische Repräsentation von Rechtsextremen daher mittelfristig unwahrscheinlich. Generell gilt, dass das Wählerpotenzial für Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums beträchtlich und kaum jemals ausgeschöpft worden ist.

# Rechtsextremismus und bürgerschaftliches Engagement

## Probleme einer Stadt in Thüringen und wie man gemeinsam dagegen vorgehen kann

Gotha gilt in der Naziszene seit Jahren als „nationale befreite Zone“ und ist bis heute ein Ort zahlreicher Aufmärsche von rechts. Allerdings gibt es gleichzeitig eine ganze Reihe von demokratischen Initiativen, die durch ihr Engagement das Bild der Stadt mitprägen. Da MOBIT seit dem Jahr 2002 ein Büro in Gotha hat, ist der Kontakt zu den verschiedenen Initiativen hier besonders eng, die Wege kurz und die direkte Kommunikation relativ leicht. Aus Sicht des Mobilien Beratungsteams besteht ein Problem der Arbeit in Gotha darin, dass viele Gruppen zwar im gleichen Feld tätig sind, oftmals aber eher nebeneinander als miteinander gearbeitet wird. Deshalb sehen wir unsere Aufgabe vor allem darin, die verschiedenen Kräfte der Bürgergesellschaft untereinander in Beziehung zu setzen.

Da Gotha, wie in anderen Jahren auch, 2004 zum Zielpunkt zahlreicher Naziaktivitäten gemacht wurde, bot sich eine verstärkte Vernet-



zung der Gegenaktivitäten an. Durch den starken personellen Wechsel des Mobilen Beratungsteams bestand am Anfang des Jahres die Notwendigkeit, sich bei den einzelnen Gruppen vorzustellen und neue Kontakte zu knüpfen. Da dies zugleich mit der aktiven Arbeit an Projekten wie dem Antifaschistischen/Antirassistischen Ratschlag, der 2004 in Gotha stattfinden wird und den Gegenaktivitäten zu geplanten Nazidemos in der Stadt verknüpft werden konnte, ergab sich schnell eine enge, praktische und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Als professionelles Team kann MOBIT Zeit, Arbeitskraft, Beratung und Infrastruktur zur Verfügung stellen, um die ehrenamtlich engagierten Initiativen zu unterstützen. Vor allem bei der Vorbereitung einer groß angelegten Gegenaktion zu einer Nazidemo im Sommer 2004 kam dies zur Geltung.

In dieser konkreten Situation gelang es, einen Großteil der aktiven Gruppen an einen Tisch zu bringen und gemeinsam die Möglichkeiten auszuloten, wie mit einer solchen Nazidemonstration in der Stadt umgegangen werden soll, insbesondere vor dem Hintergrund der schwachen Mobilisierung in den letzten Jahren. Die Idee einer Kulturmeile in der Innenstadt, mit der den Nazis der Raum und auch die öffentliche Aufmerksamkeit streitig gemacht werden sollte, erforderte eine groß angelegte Organisation. MOBIT beteiligte sich an dieser Organisation, übernahm mit anderen die Koordination der Aktivitäten und trug die Informationen in die anderen Gruppen weiter. Am Tag der Nazidemonstration selbst war MOBIT mit einem Infotisch präsent, um die Bürgerinnen und Bürger über den Rechtsextremismus und die Gegenaktivitäten zu informieren.

Die Aufgabe von MOBIT ist, auch mit den kommunalen Entscheidungsträgern in Kontakt zu treten und, wenn möglich, Bürgergesellschaft

und Kommunalverwaltung zu verbinden. In Gotha sind diese Kontakte durch einen beim Landrat angesiedelten „Arbeitskreis für mehr Demokratie“ institutionalisiert. MOBIT ist ein Teil dieses Arbeitskreises, kann jedoch durch seine Stellung als externer Akteur eine Mittlerfunktion zwischen Kommunalverwaltung und Bürgergesellschaft wahrnehmen. Im Laufe des Jahres ist es MOBIT gelungen, diese Mittlerrolle stärker auszufüllen und sich als Ansprechpartner auch der Kommune zu etablieren. Die Nutzung der Angebote Mobiler Beratung durch kommunale und staatliche Einrichtungen zeigt sich auch in der Durchführung einer Fortbildungsreihe für die Polizeiinspektion Gotha, sowie die über die Volkshochschule organisierten und von MOBIT durchgeführten Bildungsangebote zum Bereich Rechtsextremismus.

Für konkrete Aktionen oder Anforderungen sehen wir unsere Aufgabe auch darin, Kontakte zu Experten zu vermitteln oder unser eigenes Wissen zur Verfügung zu stellen, um so auch einen inhaltlichen Input zu leisten. Anlässlich eines geplanten Gedenkmarsches für Rudolf Heß organisierte MOBIT zum Beispiel eine Veranstaltung mit einem Faschismusforscher, der über die Bedeutung und Rolle von Heß im Nationalsozialismus aufklärte.

Angesichts der vorhandenen zahlreichen Potenziale bürgerschaftlichen Engagements und einer dem Problem Rechtsextremismus gegenüber zumindest teilweise offenen Kommunalverwaltung bietet Gotha die Möglichkeit, eine kontinuierliche und längerfristige Arbeit zu den Themen Rechtsextremismus, Ausgrenzung und Demokratie zu entwickeln. Vor dem Hintergrund der zahlreichen rechtsextremen Umtriebe in und um Gotha und der spürbaren Sympathie größerer Teile der Bevölkerung für diese Aktivitäten, sieht MOBIT hier eine wichtige Aufgabe für die Zukunft.

## Wege zur Stärkung Bürgerschaftlichen Engagements

In seiner Arbeit steht das Mobile Beratungsteam häufig vor der Aufgabe, einer Gruppe von Menschen zu helfen, die zukünftige Entwicklung ihrer Gemeinde, ihres Stadtteils, ihrer Organisation, ihrer Einrichtung oder ein gemeinsames Thema zu planen und ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Dabei bedienen wir uns Methoden partizipativer Planung, deren mobilisierende Wirkung wir im Verlauf unserer Arbeit schätzen gelernt haben. In einem Beratungsgespräch ermitteln wir die Problemlagen bzw. stellen verschiedene Verfahren vor. Gemeinsam finden wir mit den Betroffenen die für Ihre Problemlage richtige Methode heraus.

### MOBIT arbeitet u.a. mit folgenden Methoden:

#### Die Zukunftskonferenz

---

Mögliches Anwendungsbeispiel „Stadtentwicklung“

Bürgerinnen und Bürger wollen die Zukunft ihrer Stadt bestimmen. Alle relevanten Akteure (u.a. aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereine, Kirche) entwickeln ein gemeinsames Bild, wie mit konkreten Problemen in ihrer Stadt in Zukunft umgegangen werden soll. Drei Tage arbeiten sie daran, ihre unterschiedlichen Interessen wahrzunehmen und trotz manchmal gegensätzlicher Ansprüche Ziele im 100%-tigen Konsens zu verabschieden. Trotz konfliktärer Gruppeninteressen lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in eine gemeinsame Richtung zu schauen. Dafür werden am Ende der Konferenz zukünftige Aktivitäten erarbeitet und organisiert.

Die Stadt Weimar wird im Herbst als erste thüringische Stadt den Schritt wagen und ihre Bürgerinnen und Bürger die Zukunft ihrer Stadt mitgestalten lassen. Dabei werden alle zivilge-



sellschaftlichen Akteure einbezogen, um eine gemeinsame Vision einer weltoffenen Stadt zu entwickeln.

### Das Instrument und der Ablauf

Die Zukunftskonferenz ist eine Großgruppenmethode, die geeignet ist, Gruppen mit unterschiedlichsten Interessen anzuleiten, konsensual Ziele zu vereinbaren. Die maximal 72 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiten an drei Tagen (16 Stunden) einen Weg in eine gemeinsame Zukunft. Das strukturierte Verfahren durchläuft fünf Phasen. Die Phasen der Vergangenheit und Gegenwart dienen der Sammlung von Informationen, der Wahrnehmung aktueller Trends und Entwicklungen, dem Dialog, dem Lernen und Entdecken. Es wird ein Gesamtbild der Realität erstellt. In dieser Phase finden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stärker zusammen und die Basis für gemeinsame Ziele und gemeinsames Handeln wird geschaffen.

In der sich anschließenden Phase Zukunft werden idealtypische und wünschenswerte Zukunftsvisionen entwickelt. Im Konsens werden dann gemeinsame Ziele herausgearbeitet. Dabei ist es grundlegend, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinter diesen Zielen stehen. Denn nur so kann die Nachhaltigkeit der angestoßenen Aktionen gesichert werden. Ziele ohne volle Akzeptanz werden auf der Liste „ungeklärte Differenzen“ vermerkt. Eine Phase, in der Maßnahmen geplant werden, darf natürlich nicht fehlen.

### Voraussetzungen für den Einsatz von Zukunftskonferenzen

Nicht immer ist eine Zukunftskonferenz das ideale Instrument. Folgende Voraussetzungen sind wichtig:

- Ein Querschnitt aller betroffenen Gruppen sollte an der Planung und Durchführung der Zukunftskonferenz beteiligt werden. Die 72 zur Verfügung stehenden Plätze werden gleichmäßig unter allen beteiligten Gruppen aufgeteilt.
- Die Veranstaltung dauert drei Tage. Da alle Phasen durchlaufen werden müssen, da diese aufeinander aufbauen, wird genügend Zeit benötigt. Kennenlernen, Verstehen,

Identifikation mit den Ergebnissen, all dies muss bei dieser Methode ermöglicht werden, um den Erfolg zu sichern.

- Auch wenn sich Teile der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestimmte Ziele und Maßnahmen wünschen: Das Ergebnis darf nicht vorweg genommen werden. Die Ziele werden erst im Konsens vereinbart und Handlungsschritte erst dann gemeinsam geplant. Die Verantwortlichen müssen den Ergebnissen und der Umsetzung offen gegenüberstehen.

Literaturtyp:

Weisbord, Marvin/Sandra Janoff: Future Search. Die Zukunftskonferenz, Stuttgart 2001

---

## Die Zukunftswerkstatt

### Das Instrument

Als soziale Problemlösungsmethode sind Zukunftswerkstätten in der Lage, zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Entwicklung von Visionen und Innovationen beizutragen.

Die Methode der Zukunftswerkstatt bietet die Möglichkeit, in erheblichem Maße von den traditionellen Lern- und Vermittlungsformen abzuweichen. Sie integriert viele bekannte didaktische Prinzipien (z.B. Situationsorientierung, Problemorientierung, Interessen- und Bedürfnisorientierung, Handlungsorientierung, Betroffenheitsprinzip), ist jedoch als eigenständige Methode mit klarem Regelwerk strukturiert.

Zukunftswerkstätten können je nach Themen sehr verschiedene Ergebnisse hervorbringen. So können langfristige Projekte genauso vereinbart werden, wie die Lösung konkreter Probleme und Fragestellungen. Es kann Beteiligung geweckt als auch Resignation und Apathie überwunden werden. Zukunftswerkstätten vermitteln Lust an neuen Formen des Lernens. Sie fördern die kreativen Eigenkräfte des Menschen, sie erhöhen die Motivation, sind ganzheitlich und kommunikativ. Die optimale Teilnehmerzahl liegt zwischen 16 und 28 Teilnehmenden. Idealtypisch findet die Werkstatt an drei Tagen statt. Es ist jedoch auch möglich, die Methode in Form einer Kurzwerkstatt von einem Tag anzuwenden.

### Ziele von Zukunftswerkstätten können sein:

- Basisdemokratie erzeugen; als Plattform dienen, von der aus maßgebliche Bürgerbeteiligung möglich wird
- Integration und Vermittlung zwischen Laien und Experten, Herrschenden und Beherrschten, Wissenden und Unwissenden, Aktiven und Passiven
- Ganzheitliche Wirkung: eine Integration von Selbst- und Gesellschaftsveränderung oder auch Kognition und Emotion
- Als kreative Methode wird der soziale Erfindergeist der Beteiligten herausgefordert
- Kommunikativ, da auch die sonst Ungefragten ihre Bedürfnisse und Sehnsüchte, ihre Vorstellungen und Ideen sowie ihre Ängste und Befürchtungen einbringen können
- Auch Provokation kann möglich sein, da Lösungsvorschläge aus der Bevölkerung aufzugreifen und Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterer Hierarchieebenen usw. ernst zu nehmen sind

### Ablauf

Zukunftswerkstätten werden in drei Phasen durchgeführt: a) der Kritikphase, b) der Fantasiephase, c) der Verwirklichungs- oder Realisierungsphase. In der Kritikphase geht es um eine möglichst präzise und radikale Kritik gegenwärtiger Missstände und ungelöster Verhältnisse und Probleme. Die Kritik wird zunächst gesammelt, danach systematisiert und bewertet und im Anschluss werden Schwerpunkte gebildet und Problemthemen herauskristallisiert.

In der Fantasiephase geht es darum, die aufgedeckten Probleme und Schwierigkeiten ins Positive zu wenden. Dabei werde die Teilnehmerinnen und Teilnehmer methodisch und durch den Moderator ermuntert, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen. Zum Abschluss werden in der Phase der Verwirklichung die Zukunftsvisionen und Fantasien mit den realen Verhältnissen der Gegenwart zusammengebracht, um so Wege und Strategien ihrer Durchsetzung zu finden. Keine Zukunftswerkstatt soll folgenlos bleiben und so werden Projektpläne und Verantwortlichkeiten oder Maßnahmepläne erarbeitet.

### Einsatz

Als Themen für Zukunftswerkstätten eignen sich alle Probleme und Fragestellungen, die von einer Gruppe als dringend lösungsbedürftig angesehen werden.

#### Literaturtipps:

Burow, Olaf-Axel/Marina Neumann-Schönwetter (Hrsg.): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht, Hamburg 1995

Kuhnt, Beate/Norbert Müller: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten, Münster 1996

Stange, Waldemar/Wolf Paschen: Praxishandbuch Zukunftswerkstätten, Hamburg 1995

---

### Der Open Space

#### Ein mögliches Anwendungsbeispiel

Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, von dem viele Gruppen betroffen sind. Eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen Organisationen gelingt nicht in allen Fällen. Ziel einer Open-Space-Konferenz könnte es sein, den Kontakt all dieser Gruppen in einer Kommune, einer Schule usw. zu intensivieren. Die Teilnehmenden können Mitarbeiter aus Schule, der Jugendarbeit, Justiz, Polizei, Wirtschaft, Politik und Medien sein. Gemeinsam und gleichberechtigt werden eine Vielzahl von Ideen und Lösungsansätze zum Thema entwickelt. Der Gewinn der Open-Space-Methode gegenüber einer konventionellen Konferenz mit allen Beteiligten ist es, allen Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit zu geben, ihre Sichtweisen, ihre Ideen und Anliegen einzubringen.

#### Das Instrument

Open Space ist eine Konferenzmethode, die geeignet ist, schnelle kreative Ansätze für Veränderungsprozesse zu finden. Es gibt kein vorbestimmtes Veranstaltungsprogramm und keine Personen, die die Konferenz moderieren oder Vorträge halten.

Welche Veranstaltungsinhalte bearbeitet werden und welchen Ablauf die Veranstaltung nehmen wird, entscheiden stets die Teilnehmenden vor Ort.

Vorgegeben ist nur das Leitthema. Gerade hier liegt der Schlüssel zum Erfolg der Open-Space-Methode.

### Ablauf

Zu Beginn der Konferenz sitzen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem Kreis. Nach einer kurzen Einführung in die Open-Space-Methode können sie ihre Anliegen zum Leitthema in Form eines Workshops anbieten. Dazu gehen sie in die Mitte des Kreises, schreiben den Titel ihres Workshops auf ein Blatt und nennen ihr Thema und ihren Namen und hängen ihr Blatt auf die so genannte Zeit- und Raumtafel. So entsteht die Agenda der Veranstaltung. Sie spiegelt die wichtigsten Anliegen zum Leitthema und zeigt auf, zu welcher Zeit und in welchem Arbeitsraum die Workshops stattfinden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben nun die Möglichkeit sich nach ihren Interessen in den Workshops einzufinden.

Nach dieser Phase kommen alle Personen wieder im Plenum zusammen. Die in der Zwischenzeit vervielfältigten Protokolle aus allen Workshops liegen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Lesen bereit.

Zur Ergebnissicherung wird über die dringlichsten Themen entschieden und im Anschluss erste Maßnahmen und Verantwortlichkeiten festgelegt.

### Einsatz

Open Space ist überall dort einsetzbar, wo viele Menschen gemeinsam in Organisationen wirken. Das kann in sozialen Einrichtungen, in der öffentlichen Verwaltung, in Gemeinden und Netzwerken der Fall sein. Essenziell ist, dass die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Betroffenheit
- Dringender Handlungsbedarf
- Heterogene Teilnehmergruppe

Open Space kann vielseitig eingesetzt werden, z.B. um Veränderungsprozesse mit einer Auftaktveranstaltung in Gang zu setzen. Open Space ist jedoch nicht dafür geeignet, Teilnehmerinnen und Teilnehmer für vordefinierte Ziele oder Strategieentwürfe zu begeistern oder gezielt Informationen zu vermitteln.

Literaturtipps:

Maleh, Carole: Open Space: Effektiv arbeiten mit großen Gruppen, Weinheim 2001

Maleh, Carole: Open Space in der Praxis.

Erfahrungsberichte: Highlights und Möglichkeiten, Weinheim 2002

Zu Beginn des Sommers erreichten das Mobile Beratungsteam aus Südthüringen neue, wenn auch in ihrer Art altbekannte Nachrichten. Neue insoweit, dass am Rande eines Beachvolleyballturniers in einem Ortsteil der ehemaligen Bezirksstadt (im folgenden B.), Rechtsradikale verbale und gewalttätige Übergriffe gegen eine Gruppe nichtrechter Jugendlicher gestartet hatten. Dabei waren einige der Jugendlichen verletzt worden.

B. bildet zusammen mit dem Nachbarort den einzig städtisch-urbanen Raum in Südthüringen. Nicht nur geographisch befindet sich hier das Zentrum des Thüringer Waldes. Hier wohnen etwa 43.000 Menschen. Trotz des wirtschaftlich bedeutenden Tourismus ist die Abwanderung relativ hoch. Noch 1990 lebten hier ca. 50.000 Menschen. Wie überall in den neuen Ländern ist der Anteil der Bevölkerung, die arbeitslos ist, hoch. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres gab es 36.000 Erwerbslose in der Region, die Arbeitslosenquote in B. selbst liegt zur Zeit bei 16,2 Prozent. Neben dem Fremdenverkehr prägen kleinere und mittlere Industriebetriebe die Region. Kulturelle Angebote gibt es nur wenige. Gerade jüngere Menschen verlassen scharenweise die Gegend. Auch die Zahl der nicht-deutschen Bevölkerung ist niedrig. Der Anteil der Menschen, die hier wohnen und keinen deutschen Pass besitzen, liegt bei 1,5 Prozent.



Mit dem nicht weit entfernten Oberhof macht die Region normalerweise nur dann von sich reden, wenn große Wintersportereignisse anstehen – oder wenn rechtsradikale Übergriffe das Gebiet in das Blickfeld und Interesse der überregionalen Medien zerren.

Schon seit einigen Jahren ist B. ein Kristallisationspunkt rechtsextremistischer Organisation und Gewalt. Seit dem Ende der neunziger Jahre sind der Öffentlichkeit über 100 Angriffe mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt geworden. Es gab mehrere Anschläge auf Unterkünfte von Flüchtlingen sowie Läden von nicht-deutschen Gewerbetreibenden und Dutzende von Schwerverletzten in Folge von tätlichen Naziübergriffen. Die Zahl der Sachbeschädigungen und Nazischmierereien ist Legion.

Schon oft gab es Ansätze auf kommunaler Ebene, etwas dagegen zu tun. Verschiedene Akteure haben sich bereits daran versucht: Kommunalpolitiker, Stadtverwaltungen, Gewerkschafter und andere mehr. Doch bisher blieb es bei kurzen Strohfeuern. Die entstandenen Bündnisse und Runden Tische zerfielen meist so schnell, wie sie entstanden waren. Es schien, dass der Atem nur so lange ausreichte, wie die allgemeine Empörung über den jüngsten Nazi-aufmarsch oder die letzte rechte Gewalttat andauerte.

Nun allerdings soll alles anders werden. Informiert über den jüngsten Vorfall, der beileibe kein Einzelfall ist, wurde MOBIT von einem Betroffenen selbst. Nach dem der junge Mann sich am Telefon Luft gemacht hatte, begann ein neuer Beratungsprozess, an dessen Ende nach unserer Vorstellung eine dauerhaftes zivilgesellschaftliches Engagement vieler in der Region stehen sollte.

Doch so weit sind wir noch nicht. Nach der ersten

telefonischen Beratung initiierte der Betroffene eine erste Zusammenkunft im örtlichen Kultur- und Bürgerhaus, zu der auch zwei MOBIT-Mitarbeiter eingeladen wurden. Dort angekommen, präsentierte sich den Kollegen ein erstaunliches Bild: Eine Mischung aus zum Teil sehr jungen Schülern, Kommunalpolitikern, alten Antifaschisten, Kulturschaffenden etc. saß beieinander und sammelte Ideen, um tatsächlich nachhaltige Arbeit gegen Rechts in der Region zu entwickeln. Ihre Ideen waren erst einmal nicht sonderlich neu und sind an anderer Stelle und zu einem anderen Zeitpunkt sicherlich ähnlich formuliert worden, aber sie waren ein Anfang.

Zu aller erst kreisten ihre Ideen um Aufklärungsarbeit über rechte Organisationsstrukturen und Kader, deren Aktivitäten, wo und wann diese aufgetreten sind. Schnell gingen die Anwesenden aber dazu über, sich Gedanken darüber zu machen, wie rechter Ideologie der Boden entzogen werden könnte. So entstand die Forderung, Räume zur Entwicklung und Stärkung von nichtrechter Jugendkultur zu schaffen. Diese und andere Ideen waren aber nicht das einzige Ergebnis des Abends. Es wurde verabredet, den Kreis der Anwesenden noch einmal zu vergrößern und nach dem Sommer einen „Initiativkreis gegen Rechts“ zu gründen, der in Zukunft kontinuierliche Arbeit gegen Rechtsextremismus in der Region organisieren soll. Ob dies gelingt, wird die Zukunft zeigen. MOBIT jedenfalls steht den Engagierten als Unterstützer und Partner zur Verfügung.

## Zeitungsprojekt gegen Burschentag in Eisenach

Seit vielen Jahren findet am Wochenende nach Pfingsten in Eisenach das bundesweite Treffen der „Deutschen Burschenschaft“ (DB) statt. Bei der DB handelt es sich um eine studentische Verbindung, die weit am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt ist. Sie vertritt völkische, rassistische und nationalistische Positionen und weist vielfältige Verbindungen zum organisierten Rechtsextremismus auf. Grund genug also, einem solchen Aufmarsch nicht tatenlos zuzusehen.

In den letzten Jahren waren es vor allem der DGB und die IG Metall in Eisenach, die die Aktivitäten gegen den Burschenaufmarsch organisierten. Mehr und mehr gerieten jedoch die Gegendemonstrationen zu ritualisierten Veranstaltungen, die nach Auffassung der Veranstalter nur noch sehr eingeschränkt ihren Zweck erfüllen konnten, die Bevölkerung über das rechts-extreme und undemokratische Treiben der Burschenschaften aufzuklären. Aus diesem Grund wandte man sich an MOBIT, um gemeinsam zu überlegen, wie der Protest öffentlichkeitswirksamer und vor allem auch inhaltlich besser gestaltet werden könnte.

In mehreren gemeinsamen Treffen wurden die Defizite der bisherigen Aktionen beleuchtet und schließlich die Idee geboren, mit einer umfangreichen und informativen Zeitung über Inhalte und Ausrichtung der Burschenschaft in die Öffentlichkeit zu gehen. MOBIT unterstützte die Aktiven vor Ort bei der Recherche, Formulierung und Redaktion der Zeitung, die rechtzeitig zum Burschentag erschien, in einer Pressekonferenz vorgestellt und in Eisenach und dann auch in ganz Thüringen verteilt wurde.

Die überaus positive Resonanz auf die Zeitung mit dem Titel „Falsch Verbunden – Burschenschaften im Zeichen der Wartburg“ zeigt die Richtigkeit

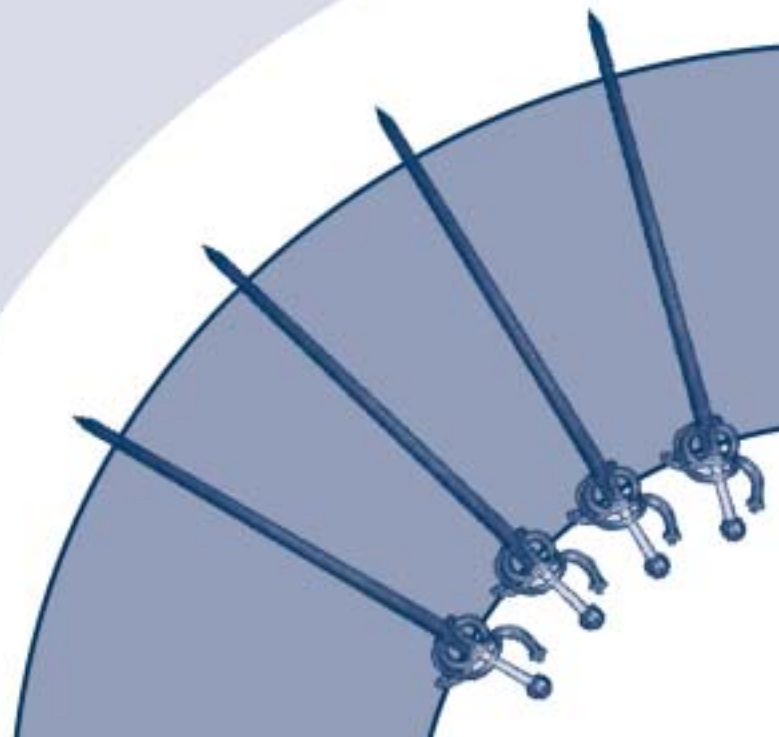
eines Ansatzes, der argumentativ seriös vorgeht und so dem Burschenaufmarsch den Schein einer unpolitischen Veranstaltung genommen hat. Zwischen Gewerkschaften und MOBIT ist verabredet, im nächsten Jahr auf diese Arbeit aufzubauen und in Eisenach selbst parallel zum Burschentag mit gemeinsamen Veranstaltungen aufzutreten.

Literatur zum Thema:

Dietrich Heither: Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft - Weltanschauung, Politik und Brauchtum, Köln 2000

Die Zeitung „Falsch Verbunden – Burschenschaften im Zeichen der Wartburg“ ist über die IG Metall in Eisenach zu beziehen:

IG Metall Verwaltungsstelle Eisenach/Gotha, Rennbahn 5, 99817 Eisenach.



# Demokratische Schulentwicklung

## Umfangreiches Beratungsangebot von MOBIT

Ziel von MOBIT ist es, demokratische Akteure zu stärken und mit ihnen gemeinsam problemorientierte und ortsspezifische Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für eine solidarische und demokratische Kultur zu entwickeln. In diesem Sinne zielt unser Beratungsangebot für Thüringer Schulen darauf, sie bei der demokratischen Schulentwicklung zu unterstützen und zu begleiten.

Eine demokratische Schulkultur ist gekennzeichnet durch Pluralität, die Anerkennung der Gleichheit aller Menschen, den Schutz von Minderheiten sowie einen respektvollen Umgang miteinander, der auf einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen abzielt. Somit wirkt eine gestärkte demokratische Schulkultur der rechtsextremen Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen entgegen. Demokratie für Kinder und Jugendliche erfahrbar werden zu lassen, ist eine der Aufgaben von Schule. In Schülervertretungen lernen Schülerinnen und Schüler Verantwortung zu übernehmen und ihre Schule mitzugestalten. Deshalb gilt es, die Bildung von Interessenvertretungen und ihre Arbeit zu unterstützen.

Die Anlässe für eine Zusammenarbeit können dabei sehr verschieden sein: seien es offene rechtsextreme Meinungsäußerungen von Schülerinnen und Schülern, Ausgrenzung von nicht-rechten Schülerinnen und Schülern oder der Wunsch von Lehrerinnen und Lehrern nach Projektschultagen. Einzelne Projektstage verstehen wir eher als Einstieg, auf dem wir aufbauen wollen. Wir wünschen uns eine längerfristige und intensivere Zusammenarbeit, um demokratische Schulstrukturen nachhaltig fördern zu können.

Unser Beratungsangebot für Schulen versteht sich nicht im Sinne einer Vermittlung von Stan-

dardprogrammen. Die gibt es nicht. Beispielsweise sind die örtlichen Gegebenheiten im ländlichen Raum andere als in einer größeren Stadt; auch gibt es unterschiedliche Problemlagen an den einzelnen Schulen. Wir möchten hier aber exemplarisch einige unserer Angebote für Schulen darstellen.

### Informationsveranstaltung zu Rechtsextremismus in Thüringen

Nur weil NPD und „Republikaner“ noch nicht in den Thüringer Landtag gewählt wurden scheinen viele Menschen zu glauben, dass es kein rechtsextremes Problem gibt – weit gefehlt. Der *Thüringen-Monitor* verzeichnet eine Kontinuität rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung; und zwar auf hohem Niveau.

### Inhalte unserer Veranstaltung sind u.a.:

- Was ist unter Rechtsextremismus zu verstehen?
- Wie stark sind rechtsextreme Meinungen in Thüringen verbreitet?
- Welche Strategien verfolgen Rechtsextremisten in Thüringen?
- Was lässt sich über den Rechtsextremismus in ihrer Region berichten?

### „Versteckspiel“ – Lifestyle, Symbole und Codes von rechtsextremen Gruppen

Symbole und Codes rechter Jugendlicher sind immer schwieriger zu entschlüsseln, das Versteckspiel kaum mehr zu durchschauen. Ein oberflächlicher Blick auf das Äußere reicht nicht aus, um seinen Gegenüber einzuordnen. Ist die „88“ auf dem T-Shirt eine politische Aussage oder nur sportliches Design? Uns geht es darum, die Lebenswelt, Funktionsweise und Dynamik rechtsextremistischer Orientierung verständlich zu machen. Unserer Meinung nach

kann nur die direkte Auseinandersetzung mit dem Jugendlichen und seinem Weltbild helfen. Dieser Auseinandersetzung gilt es sich zu stellen. Unser Folienvortrag soll dafür Unterstützung bieten, die dahinter stehenden Inhalte verdeutlichen und einen Überblick über rechtsextremen Lifestyle, seine Symbole und Musik geben.

### Argumentationstraining gegen rechte Parolen

Rassistische, antidemokratische und menschenverachtende Äußerungen und Handlungen werden von Lehrkräften und Eltern durchaus wahrgenommen, sie besitzen aber oftmals nicht die nötigen Methoden und Erfahrungen, um darauf geeignet reagieren zu können.

Im Argumentationstraining lernen die Teilnehmenden die Strukturen und Funktionsweisen von Parolen und Vorurteilen näher kennen und üben einen erfolgreicherer Umgang mit ihnen. In Rollenspielen werden Erfolge und Misserfolge in den Gesprächssituationen beleuchtet und ausgewertet. Ziel des Trainings ist es, kreative Möglichkeiten des Umgangs mit diesen Parolen

kennen zu lernen und zu erproben. Es geht dabei nicht primär um „richtig“ oder „falsch“, sondern die schweigende Mehrheit einzubeziehen, alternative Sichtweisen zu beleuchten und so eine demokratische Gesprächskultur zu entwickeln.

### Best Practice – Externe Unterstützung durch andere Thüringer Projekte

In Thüringen gibt es eine Vielzahl von Projekten, deren Angebot für Schulen und Schulklassen Unterstützung für eine aktive und handlungsorientierte Arbeit im Sinne einer demokratischen Schulentwicklung bietet. Wir geben hier nur eine Auswahl wieder, wobei wir auf Nachfrage gern einen Kontakt herstellen:

- Projekttag des Netzwerks für Demokratie und Courage e.V. (NDC) ([www.netzwerk-courage.de](http://www.netzwerk-courage.de))
- Stadtrundgänge und Erkundungen in Erfurt und Jena zu der NS-Zeit ([www.erfurt-im-ns.dgb-bwt.de](http://www.erfurt-im-ns.dgb-bwt.de))
- Programm „Demokratie lernen & leben“ an zwölf Thüringer Schulen im Rahmen des BLK-Modellprogramms (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) ([www.blk-demokratie.de](http://www.blk-demokratie.de))
- Seminare zum Schüler-Schlichter-Modell der Friedrich-Ebert-Stiftung ([www.fes.de/thueringen](http://www.fes.de/thueringen))
- Planspiel Kommunalpolitik („Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“) der Friedrich-Ebert-Stiftung ([www.fes.de](http://www.fes.de))

MOBIT bietet seine Unterstützung allen Thüringer Schulen an, die demokratische Prozesse und Umgangsweisen fördern und die Schule zu einem für alle angenehmeren Lern- und Arbeitsort machen wollen und sich damit antidemokratischen und rechtsextremen Tendenzen entgegen stellen möchten.

# Profil unserer Mobilen Beratung

## Arbeitsweisen zur Unterstützung demokratischer Kultur

Es existiert kein offizielles Berufsbild oder Ausbildungsprofil für den Berufsstand der Mobilen Beratung. Deshalb haben die ostdeutschen Mobilen Beratungsteams einen Prozess zur ständigen Entwicklung des Ansatzes Mobiler Beratung initiiert. Dieser konzentriert sich vor allem auf die Erfassung und Identifikation von Schlüsselprozessen in der Beratung und ihrer methodischen Ausrichtung. Diese Gemeinsamkeiten wurden in verschiedenen Vernetzungsgremien der Mobilen Beratungsteams (MBTs) in Ostdeutschland herausgearbeitet und dokumentiert. Durch die überregionale Vernetzung in der „AG Profil“ stehen die MBTs in einer ständigen Diskussion zu den verschiedenen Qualitätsdimensionen der Mobilen Beratung.

### Ziele von MOBIT

Die Ziele von MOBIT sind von seinem Auftraggeber übernommen und lassen sich nachlesen in den CIVITAS-Leitlinien des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ([www.jugendstiftung-civitas.org](http://www.jugendstiftung-civitas.org)). Zwei konkrete Rahmenziele seien stellvertretend genannt:

- Förderung und Stärkung von Akteuren bzw. Projekten, die langfristige demokratische, antirassistische und emanzipatorische Veränderungen voranbringen wollen;
- Entwicklung kommunaler und regionaler Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

### Zielgruppen von MOBIT

Die Zielgruppen von MOBIT ergeben sich teilweise aus den Zielbeschreibungen. Durch den zivilgesellschaftlich lokalen Ansatz steht die Arbeit mit örtlichen Akteuren im Vordergrund. Hier sind lokale Initiativen und ihre Netzwerke, Jugendgruppen, Jugendarbeit, Schulen und kommu-

nale Politik/Verwaltung häufige Partner und Beratungsnehmer. Aber auch Kirchengemeinden, Verbände, Gewerkschaften oder Polizei sind in die Konzeption eingebunden. Im Sinne der Zielformulierung „Solidarität mit Opfern rechtsextremer Gewalt“ ist MOBIT auch Ansprechpartner nach oder (präventiv) vor einer Gewalttat. MOBIT versucht hier in erster Linie die schnelle Betreuung durch den „Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt – THO“ zu vermitteln.

### Arbeitet MOBIT auch mit rechtsextremen Jugendlichen?

Wir stehen dem akzeptierenden Ansatz in der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen sehr kritisch gegenüber, da diese Arbeit (das zeigen viele Untersuchungen) das Problem oft verschärft, statt wirkungsvoll anzugehen. Zudem sind rechtsextreme Jugendkulturen in einigen Regionen von Thüringen eher als normal, denn als randständig zu bezeichnen. Sie werden oftmals als „normale“ Jugendliche gesehen. Ihre Ideologien sind als „Meinung, die man haben kann“ akzeptiert bzw. es wird mit Aussagen wie „Wir waren doch alle mal jung – das gibt sich wieder“ unkritisch mit solchen Jugendlichen umgegangen. Wer akzeptierend und unkritisch mit rechtsextremen Jugendlichen arbeitet, unterliegt der Gefahr, dass sich antidemokratische und rassistische Einstellungen verstetigen, die rechte Szene das Gemeinwesen dominiert und nicht-rechte Jugendliche zu potenziellen Opfern rechtsextremistischer Gewalt werden.

MOBIT berät und unterstützt diejenigen Akteure, die sich zum Beispiel in einem von rechter Dominanz bedrohten Jugendzentrum diesem Problem aktiv stellen wollen. Dort werden wir mit den örtlichen Beteiligten nach geeigneten Projektformen suchen. Rechten Jugendlichen, die aus der Szene aussteigen wollen, dienen wir als An-

sprechpartner, um sie in professionelle Projekte für Aussteiger aus der rechten Szene zu vermitteln.

### Unsere Methodik

MOBIT arbeitet mit einem Methodenmix, der sich nach den jeweiligen Zielgruppen und dem zu behandelnden Beratungsauftrag richtet. Häufig verwendete Methoden sind moderierende, partizipative und analytische Ansätze. Wir arbeiten mit praxisrelevanten Methoden und Übungen, die demokratische Umgangsweisen und Meinungsbildungsprozesse fördern, gleichzeitig die eigene Wahrnehmung schärfen und der Selbstreflexion der zu Beratenden dienen. In Workshops stellen wir je nach Bedarf Bausteine aus verschiedenen Konzepten der Demokratiepädagogik und der nicht-rassistischen Bildungsarbeit zusammen und passen sie der jeweiligen Zielgruppe an. Dabei handelt es sich vor allem um handlungsorientierte und kreative Methoden.

### Unsere Arbeitsweise

Ausgangspunkt fast jeder Beratung ist eine Anfrage und die Klärung des Problems bzw. des Beratungsauftrags. Grundlage des Beratungsprozesses bei Initiativen und Kommunen ist ein Rechercheleitfaden, mit dem bedarfs- und zielgruppenorientierte Strategien entwickelt werden und der folgende Oberpunkte umfasst:

- Was ist das Problem bzw. der Beratungsauftrag?
- Lage vor Ort – Rechtsextremismus
- Lage vor Ort – Zivilgesellschaft
- Infrastruktur vor Ort
- Aktivitäten vor Ort
- Bündnisse/Partner
- Hindernisse der Arbeit

Darüber hinaus ist unsere Arbeit durch ein zielgerichtetes Vorgehen geprägt, dass folgende Punkte umfasst:

- Erfassung der Ausgangssituation (Ist-Analyse)
- Ziele formulieren (Wirkungsziele, Handlungsziele)
- Planung, Konzeption
- Durchführung
- Kontrolle, Überprüfung, Bewertung

In der Regel arbeiten wir in Zweiertteams und sind mobil in (fast) ganz Thüringen aktiv – derzeit stärker in größeren Gemeinden und Städten, weniger im ländlichen Raum. Die Qualität unserer Arbeit sichern wir durch Fallbesprechungen im Rahmen von Supervisionen, durch die Reflexion im Zweierteam, durch die Rücksprache auf Teamsitzungen und durch die Arbeit mit unserem Rechercheleitfaden. Im Sinne eines systemischen Ansatzes ist unsere Beratungsarbeit ausgerichtet auf die Einbeziehung möglichst vieler am Beratungsauftrag Beteiligter und auf die Nutzung ihrer gemeinsamen Ressourcen.

### Wir qualifizieren uns regelmäßig weiter und tauschen uns mit anderen über unsere Arbeit aus:

- mit den anderen Mobilen Beratungsteams
- in der Thüringer Arbeitsgemeinschaft „Beratungsangebote“
- in der Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus
- mit den Thüringer CIVITAS-Projekten

Des weiteren nutzen wir die Strukturen unseres Trägervereins mit den darin vertretenden Organisationen wie Evangelische Kirche, Jüdische Landesgemeinde, Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen.

## Spendenaufruf

Wir hoffen, dass Ihnen diese Broschüre gefallen hat und Ihnen Anregungen für Ihre eigene Arbeit gibt. Die voraussichtlich schlechter werdende finanzielle Ausstattung aller CIVITAS-geförderten Projekte zwingt auch MOBIT, sich mit den Methoden des Fundraising ein zweites finanzielles Standbein zu schaffen.

Die aktuelle Debatten zeigen aber deutlich:

Die Arbeit für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft ist notwendig, weil sie sich einmischt und hin und wieder die Finger in die Wunde legt. Dabei wird sie manchem unbequem sein und un-gelegen kommen. Sie ist also ständig in Gefahr, zu einem Politikum zu werden und buchstäblich unter die Räder zu geraten.

Es ist unser Ziel, langfristig unabhängiger von staatlichen Töpfen zu werden und nicht zu sehr von politischen Konjunkturen abhängig zu sein.

MOBIT hat sich das Ziel gesetzt, im Jahr 2005 einen größeren Teil des Etats selbst einzuwerben.

Wenn Sie die Arbeit von MOBIT für wichtig erachten, können Sie mit einer steuerbegünstigten Spende einen Beitrag zur Absicherung unserer Projektarbeit leisten. Auch kleine und kleinste Beträge helfen.

Vielen Dank !

MOBIT Gotha

Kontoinhaber: MOBIT e.V.  
Konto Nr.: 1586193500  
BLZ: 860 101 11  
SEB AG Leipzig  
Stichwort: Verein

---





MOBILE BERATUNG IN THÜRINGEN  
FÜR DEMOKRATIE – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

E-Mail: [mail@mobit.org](mailto:mail@mobit.org)  
[www.mobit.org](http://www.mobit.org)

**MOBIT Gotha**  
Brühl 23  
99867 Gotha  
Fon: 03621 - 22 86 96  
Fax: 03621 - 22 86 98

**Trägerverein MOBIT e.V.**  
Warsbergstr. 1  
99092 Erfurt  
Fon: 0361 - 5 96 12 00  
Fax: 0361 - 5 96 14 44